

Kundgebung am 7.10.2025
„Gedenken an die Opfer des Hamas-Massakers“
Bündnis für Israel – gegen Antisemitismus
Tübingen, Holzmarkt
Rede von Gabi Kaiser

Seit dem grausamen Angriff der Hamas am 7.10.2023 sind zwei Jahre vergangen. Für Israel hat eine neue Zeitrechnung begonnen: eine Zeit davor und eine Zeit danach.

Immer noch sind Geiseln gefangen. Seit 731 Tagen - jede Sekunde, jede Minute - ein Leben in Todesangst. Ein Leben in Tunneln, Hunger und Folter ausgesetzt. Unerträglich auch für die Angehörigen der Betroffenen.

Mit unserer wöchentlichen Mahnwache für die Freilassung der Geiseln wollen wir sie wieder ins Zentrum rücken. Wir glauben nicht, dass die Hamas uns hört. Aber wir leben hier und wir sehen, wie notwendig es ist, in unserem Umfeld an sie zu erinnern. Daran zu erinnern, dass es einen Hamas-Überfall gab.

Der Protest- Aufruf vom Tübinger Unikomitee Palästina zum heutigen Tag verdeutlicht die Notwendigkeit. Der Aufruf blendet diesen Überfall aus. Das Motto des Aufrufs lautet „2 Jahre Völkermord, Apartheid und Besatzung“. Die Wut auf Israel war immer da. Hier in Tübingen wie überall im Land.

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus RIAS hat von 2023 bis 2024 eine Zunahme antisemitischer Vorfälle um 77% dokumentiert. Ein Anstieg wie nie zuvor. 8700 Vorfälle im Jahr, 24 am Tag. Jeder vierte Vorfall ist auf Israel-bezogenen Antisemitismus zurückzuführen. Dieser spricht Israel das Existenzrecht ab, Israel wird dämonisiert und auf das Land werden doppelte Standards angewendet.

Juden und Jüdinnen in Deutschland sind zunehmend in ihrem Sicherheitsgefühl erschüttert. Wie sollen sie sich hier wohl fühlen, wenn sie an vielen Orten nur mit Polizeischutz in die Schule, Kindergarten, Synagoge und auf den Sportplatz gehen können? In Schulen werden jüdische Schüler verantwortlich dafür gemacht, was in Gaza passiert. Juden müssen sich ständig dafür rechtfertigen, was die israelische Regierung tut.

Ist es so schwer zu verstehen, dass viele Juden eine enge Bindung zu Israel haben? Dass Israel für sie der Not-Anker ist? Ein Not-Anker für das am schwersten verfolgte Volk der Welt. Sie sind aber keinesfalls für die Regierungspolitik Israels verantwortlich. Sie haben auch sehr unterschiedliche Meinungen dazu.

Israel-bezogener Antisemitismus verbindet viele Milieus. Rechte, Linke und Religiöse. Die linksliberale Kulturwelt boykottiert immer öfter Kulturschaffende aus Israel. Sie gibt sich solidarisch mit den Unterdrückten der Welt, progressiv und humanistisch. Aber ihre Boykott-Aufrufe richten sich v.a. gegen jüdische Künstler. Eine neue Resolution von internationalen Kulturschaffenden fordert, israelische Filme, Festivals und Produktionsfirmen zu boykottieren. Aber gerade dort wird die israelische Regierung kritisiert, werden auch palästinensische Perspektiven gezeigt.

Schaut man nach rechts im politischen Spektrum, sieht man oft Ignoranz gegenüber dem Leid

der Palästinenser. Beim Blick nach links ist oft eine Fixierung und Verdammung Israels festzustellen. Schlüsselbegriffe dafür sind Kolonialismus, Apartheid, Zionismus und Genozid.

Israel hat eine rechtsnationale, teilweise rechtsextremistische Regierung. Da steht sie nicht allein auf der Welt. Israel ist aber nicht in Sünde geboren und auch kein koloniales Projekt im Sinne Namibias oder Tansanias.

Deutsche und europäische Kolonialisten sind in andere Länder eingefallen, um sie auszubeuten. Ausbeutung ist ein zentrales Merkmal des Kolonialismus. Dieser Begriff gehört aber nicht auf ein Land angewandt, in dem Juden seit je her gelebt haben und zu dem sie eine historische Bindung haben. Vor millionenfachem Tod und Verfolgung sind sie geflohen. Nach dem Holocaust wurde ein jüdisch regierter Staat lebensnotwendig. Israel entstand rechtmäßig durch die UN. Es war kein koloniales Projekt. Hier geht es um einen Territorialkonflikt, einen grausamen Konflikt um Land.

Israel ist auch kein Apartheidsstaat wie früher Südafrika. Ein Land, in dem systematischer Rassismus und eine absolute Trennung zwischen Schwarzen und Weißen herrschte. Weißen gehörte alles, Schwarze durften nur in ihnen zugewiesenen Reservaten leben.

In Israel gibt es Rassismus und Diskriminierung, aber Israel ist eine Demokratie mit Wahlrecht für alle. Es gibt arabische Parteien. Es geht nicht um die Hautfarbe, sondern darum, dass zwei Völker das gleiche Land beanspruchen.

Für viele Linke ist Zionismus das schlechthin Böse. Zionismus war eine Nationalbewegung wie viele andere auch. Am Anfang war sie eher links und säkular. Eine Bewegung, die die eigenen Leute schützen will und sich gegen andere richtet. Das eine bedingt das andere, und ist meist sehr problematisch.

Aber der Zionismus wird wie keine andere Nationalbewegung hinterfragt. Antizionismus richtet sich gegen die Errichtung und das Bestehen eines jüdischen Staates. Die obsessive Beharrlichkeit, mit der Israel an den Pranger gestellt wird, zeigt die Nähe von Antisemitismus und Antizionismus. Nur im Fall Israel ist das Gründungsprinzip einer Nation zum Antiprinzip geworden.

Dass Palästinenser in ihrer Verzweiflung und Betroffenheit zornige Kritik an Israel üben, ist verständlich. Aber es ist zum Verzweifeln, dass so viele Menschen hier im Land ihre Kritik an dem jüdischen Staat immer und immer wieder mit dem Verweigern des Existenzrechts Israels verbinden. Trotz - oder gerade wegen unserer Geschichte.

Problematisch ist auch der Begriff Genozid. Die Genozidkonvention von 1948 ist aufgrund der Verbrechen des nationalsozialistischen Staates entstanden. Juristisch gesprochen ist ein Genozid die gezielte Vernichtung eines Volkes. Dazu gehört auch ein Motiv, d.h. die Absicht, eine religiöse oder ethnische Gruppe als solche auszulöschen. Nicht nur einzelne Regierungsmitglieder, sondern der Staat als solches muss es mittragen, wie das im Nationalsozialismus der Fall war. Deswegen zögern viele Holocaustforscher, mit dem Begriff Genozid im Hier und Heute zu hantieren. Die Gefahr, die Vernichtung der Juden zu relativieren, ist immer da. Es braucht Genauigkeit.

Auch die Ermordung der Namas und Hereros war ein Genozid. Sie wurden mit der klaren Absicht in die Wüste getrieben, sie zu töten. Es ist schlimm genug, was in Gaza passiert, aber es ist nicht gleich zu setzen mit einem Genozid.

Kritik und Verurteilung des Krieges in Gaza sind notwendig, eine Dämonisierung Israels ist falsch, Man verteidigt die Palästinenser nicht besser, indem man mit falschen Zuschreibungen Wut auf Israel produziert.

Damit ist das Unrecht in Gaza nicht kleingeredet. Jedes zivile Opfer ist eins zu viel! Wie die Bevölkerung da zusammengeschossen und ausgehungert wird, wie sie kollektiv bestraft und gewaltsam vertrieben wird, ist unerträglich. Hier handelt es sich um Kriegsverbrechen!

Der Gazakrieg hat längst jede Rechtfertigung verloren. Davon sind auch einige israelische Militärs überzeugt. Zehntausende Tote, mindestens 70% der Gebäude zerstört, 94% der Krankenhäuser und 90% der Schulen. Die gesamte Bevölkerung in Gaza gilt als von Hunger bedroht.

Die israelische Regierung führt einen endlosen Krieg gegen die Palästinenser, Gewalt wurde lange der Diplomatie vorgezogen. Palästinenser werden vor die Wahl gestellt, vertrieben oder getötet zu werden.

Versuchen wir uns ernsthaft vorzustellen, was es heißt, von einer Ecke Gazas in die andere fliehen zu müssen, immer begleitet von Hunger und Tod. Versuchen wir uns vorzustellen, dass Kinder zwei Jahre lang nicht in die Schule können, weder zum Arzt noch ins Krankenhaus, keine Medikamente bekommen und ohne Obdach leben müssen.

200.000 Palästinenser leben in Deutschland. Alle haben Freunde oder Angehörige in Gaza. Todesnachrichten sind alltäglich. Wenn das Gefühl aufkommt, dass der eigene Schmerz ignoriert wird, fördert das verständlicherweise die Wut.

Auch im Westjordanland werden Palästinenser bedroht und vertrieben. Die israelischen Kontrollpunkte sind inzwischen so zahlreich, dass ganze Dörfer von Schulen, Krankenhäuser und Märkten abgeschnitten sind. Bewaffnete Siedler und israelische Soldaten vertreiben Palästinenser, zerstören Häuser, töten das Vieh. Israel. Soldaten führen sich inzwischen im Westjordanland auf wie eine rechtsfreie Miliz. Generäle aus dem Militär und dem Geheimdienst Shin Beth beklagen sich bei Netanjahu über den Terror. Da ist der Rechtsstaat tot.

Dieser Kampf um Land zwischen Israelis und Palästinensern ist tragisch. Die Uno hatte 1948 zwei Staaten vorgesehen - einen israelischen und einen palästinensischen. Den israelischen wollten arabische Staaten zerstören. Bezahlt haben auch die Palästinenser. Sie hatten nie eine Chance auf Selbstbestimmung, sie wurden zerrieben zwischen unterschiedlichen Interessen arabischer Herrscher, den Machtkämpfen der eigenen Machthaber sowie Zersiedelung und Abhängigkeit von Israel.

Auch die Existenz Israels musste immer erkämpft werden. Jahrzehntelanger Beschuss mit Raketen, Terroranschläge und Angriffe haben die israelische Gesellschaft verhärtet und militarisiert. Eine in sich ruhende Gesellschaft bleibt - bis heute - Utopie.

Wer versucht, beide Perspektiven zusammen zu bringen, die israelische Perspektive und den Blick auf das Leid in Gaza und dem Westjordanland, dem raucht der Kopf, weil es so schwer zusammen zu bringen ist. Aber es gibt beides und da nützt es nichts, sich einzurichten in der Bequemlichkeit der Eindeutigkeit.

Empathie für beide Seiten ist notwendig! Empathie kennt keine Grenzen! Leid ist Leid, egal wer es warum erleidet. Wir dürfen uns nicht zwischen dem Kampf gegen Antisemitismus und Kritik an der israelischen Regierung entscheiden.

Israel hat ein Recht auf Leben ohne Raketen und Terror.

Die Palästinenser haben ein Recht auf Leben, Land, Sicherheit und Selbstbestimmung.

Ich hoffe sehr, dass die Geiseln endlich freigelassen werden und der Krieg endet.

Und ich hoffe, dass wir erfolgreicher werden in der Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland. Das geht uns alle an.